

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Wahlblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 38.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Richtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 38

Bad Schandau, Montag, den 16. Februar 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium beschloß die Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln und die Einführung von Mindestpreisen.

* Zwischen Belgien und Deutschland ist wieder der freie Handel erlaubt.

* Die Wiedergutmachungskommission überreichte Deutschland eine Note über die Auslieferung der kleineren Handelsschiffe.

* Im besetzten rheinischen Gebiet können die deutschen Steuergebote durchgeführt werden.

* Die Aufnahme der Schweiz in den Völkerbund ist bei den Londoner Beratungen beschlossen worden.

* Für die hungernden Kinder Deutschlands hat der Papst eine halbe Million Lire überwiesen.

* Neuter meldet, daß Deutschland an die Alliierten in der Auslieferung Angelegenheit eine nichtoffizielle Mitteilung geschickt habe, in der sie die Auslieferung der geforderten Schutligen ablehnt und den Vorschlag macht, sie vor einen deutschen Gerichtshof zu stellen.

* In London traf die Bestätigung für die Erschießung des russischen Admirals und gegenrevolutionären Führers Koltshak und seines Ministers Bepelajew ein.

Der neue Wirtschaftsplan.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Alle Welt sucht nach neuen Ideen, nach irgendwelchen Anzeichen von Wagemut, mit dem wir die immer bedrohlicher sich zusammenballenden Probleme des Tages zu meistern suchen könnten. Und die Wirklichkeit? Das Reichswirtschaftsministerium hatte in dieser Woche den Wirtschaftsplan für 1920 vorgelegt. Das Ergebnis ist, daß die Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln beibehalten und für Hafer wieder eingeführt wird. Darüber hinaus einigte man sich auf eine angemessene Erhöhung der Mindestpreise und stellte zum Schluß besondere Verhandlungen über geeignete Formen der Bewirtschaftung auf der Grundlage engsten Zusammenarbeitens zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen in Aussicht; sie sollen sogar sofort gepflogen werden.

Das ist alles. Ohne böshaft zu sein, kann man sagen, daß diese Weisheit auch billiger zu haben gewesen wäre. Wenn man schließlich immer nur wieder in den ausgetretenen Geleisen der bisherigen Wirtschaftspolitik weiterkriechen will, wozu bemüht man da erst einen Wirtschaftsplan, wozu sieht man da tagelang zusammen, statt die ganzen Fragen einfach nach Schema F weiter zu behandeln, wie es nun einmal seit Jahren eingeführt ist. Mit der Zwangswirtschaft in ihrer bisherigen Form haben wir die Kriegszeit gerade noch mit Mühe und Not überstanden; seither aber ist die Ernährungsbede immer knapper geworden, und diesmal werden wir mit unseren Getreide- und Kartoffelvorräten schon zu einem Zeitpunkt fertig sein, der von der nächsten Ernte noch sehr bedenklich weit entfernt ist. Wie diese Zeitparade dann überunden werden soll, ist allen Beteiligten ein Rätsel. Trotzdem soll auch für 1920 nach genau den gleichen Rezepten weiter gearbeitet werden. Seit Monaten fordern gerade Sachkenner wenigstens eine teilweise Begrenzung der Zwangswirtschaft, vor allem aber ihre Ergänzung durch Heranziehung der beteiligten Berufsstände bei der praktischen Sicherung der für die Volksernährung unbedingt benötigten Vorräte. Diese Neuerung müßte im Vordergrund jedes künftigen Wirtschaftsplanes stehen, denn nichts hat der bisherigen Zwangswirtschaft mehr Abbruch getan als der ungeheure Bürokratismus, mit dem sie belastet ist. Sie stellt im Grunde genommen nichts anderes als ein Polizeitensystem dar, das man sich zur Not wohl ein oder zwei Jahre gefallen lassen mag, das aber, wenn es Dauercharakter annehmen soll, unweigerlich verfallen muß. Wir sind nun längst schon so weit — der Wirtschaftsplan aber weiß nur die bisherigen Formeln von neuem zu wiederholen, und erst nachdem er sein Gewissen in dieser Weise salviert hat, will er über geeignete Formen der Bewirtschaftung in Erwägungen eintreten. Dabei ist es ihm doch sicherlich auch nicht verborgen geblieben, daß jetzt aber ganz bestimmt keine einzige Minute mehr zu verlieren ist. Schon wird das Volk einfach zur Selbsthilfe aufgerufen, um über den Kopf der Regierung hinweg das zu tun, was unbedingt geschehen muß. Und die landwirtschaftliche Woche in Berlin, die unmittelbar bevorsteht, wird sicherlich nicht mit ihren Meinungen hinter dem Berge halten.

Es fragt sich wahrhaftig sehr, wie lange wir noch ausharren können, falls nicht bald neue Wege aus dem Glend heraus gefunden werden.

Die „Mindestpreise“.

Bei dem Entschluß zur Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Getreide wie Kartoffeln ist nicht das alte System

der Höchstpreise festgehalten worden. Es sollen vielmehr Mindestpreise in Zukunft maßgebend sein. Die Arbeitervertreter nahmen im Wirtschaftsrat auf das Schärfste gegen diese Mindestpreise Stellung, sie blieben aber mit ihrem Widerspruch in der Minderheit. Über geeignete Formen der Bewirtschaftung auf der Grundlage engsten Zusammenarbeitens zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen sollen sofort Verhandlungen gepflogen werden.

Die Mindestpreise sollen dem Vernehmen nach für die Ablieferung betragen: Weizen 50 Mark der Zentner, 1000 Mark die Tonne; Roggen 45 Mark der Zentner, 900 Mark die Tonne; Gerste und Hafer 40 Mark der Zentner, 800 Mark die Tonne; Kartoffeln 25 Mark der Zentner, 500 Mark die Tonne. Das bedeutet für den Verbraucher eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung, in deren Gefolge natürlich erneute Lohnforderungen und Arbeitskämpfe zu erwarten sind. So betrug z. B. für den Hauptmarktplatz Berlin bis jetzt der Erzeugerhöchstpreis für Ernte 1919: Weizen 455 Mark, Roggen, Gerste und Hafer 405 Mark für die Tonne. Für Kartoffeln beträgt der Grundpreis 125 Mark. Es würde sich beim Inkrafttreten der Mindestpreise eine Preiserhöhung ergeben für Getreide um mehr als das Doppelte, für Kartoffeln um das Dreifache.

Die Festsetzung der Mindestpreise soll erfolgt sein auf Grund der Erzeugungskosten des Landwirts, d. h., sie richten sich nach den jeweiligen Ausgaben für Löhne, Düngemittel usw. Sollten diese Ausgaben sich erhöhen, so würde die Folge davon sein, daß auch die Mindestpreise heraufgesetzt werden. Ihre Bezeichnung „Mindestpreis“ erklärt sich wohl daraus, daß eine Herabsetzung der für das neue Erntejahr vorgegebenen Preise niemals in Frage kommen soll und kann, selbst für den Fall nicht, daß die Produktionskosten sich vermindern sollten.

England gegen Millerands Pläne.

Verständigung mit Deutschland?

Wenn auch alle Meldungen über den Stand der Verhandlungen in London mit Vorsicht aufzunehmen sind, scheint doch unverkennbar zu sein, daß in London keine Neigung besteht, blind den französischen Nachgeklachten zu dienen. Es heißt, Millerand habe der englischen Regierung mitgeteilt, im Falle der Nichtauslieferung der angeforderten Deutschen werde er strenge Strafmaßnahmen gegen Deutschland ergreifen, und er habe hierbei die Einstellung der Rüsttransporte der Kriegsgefangenen, die Sperrung der Lebensmittelfuhr und die strenge Abschließung zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland in Vorschlag gebracht. Die englische Regierung habe darauf erklärt, diese Vorschläge nicht in Erwägung ziehen zu können, da diese das Prestige der Entente in der Welt herabsetzen würden.

Die Baseler Presseinformation meldet weiter aus London:

Vom Ministerium des Auswärtigen wird bestätigt, daß die britische Regierung im Wirtschaftsrat beantragte, in der Auslieferungfrage keine weiteren Schritte zu unternehmen und durch persönliche Verhandlungen in Berlin die Entgegnungen der deutschen Regierung kennen zu lernen. Es stehe heute schon fest, daß sich die Alliierten mit einer Untersuchung der Schuldfrage, die Deutschland vom Reichsgericht in Leipzig vornehmen lassen kann, zufrieden geben werden.

Der Völkerbundsrat beschloß in öffentlicher Sitzung, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Finanzkrisis einzuberufen, um die Mittel zu erwägen, diese Krisis zu lösen und die gefährlichen Folgen der Krisis zu mildern. Der Vorsitzende des Rates wird aus den Mitgliedern einen Ausschuß zusammenstellen, der den Auftrag hat, die Länder, die hauptsächlich von der Währungskrise betroffen werden, zu der Konferenz, die sobald wie möglich stattfinden soll, einzuladen. Außerdem stellte der Rat eine Liste von zwölf internationalen Juristen auf, die aufgefordert werden sollen, ein Komitee zu bilden, das Pläne für einen internationalen Gerichtshof ausarbeiten soll.

Das Saarbecken.

In der Saarbeckenfrage beschloß der Rat, daß das Saarbecken von einer Kommission von fünf Mitgliedern verwaltet werden soll, von denen einer Franzose und einer nichtfranzösischer Einwohner des Saarbeckens ist. Die übrigen drei müssen anderen Ländern als Frankreich und Deutschland angehören. Für diese Kommission wurden bereits folgende Personen bestimmt: der französische Staatsrat Haut, der Vorsitzende der Kommission sein wird, Landrat Alfred von Voch, der belgische Major Lamert und der Däne Graf Moltke-Schiffeldt.

Schutz der Minoritäten in Polen.

Ferner wurde beschlossen, daß die polnischen Rasse-, Sprach- und Glaubensminderheiten unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. — In einer Entschließung erkannte der Völkerbundsrat die ganz besondere Stellung der Schweiz an und drückte die Erwartung aus, daß das

schweizerische Volk nicht neutral bleiben werde, wenn die hohen Grundzüge des Bundes verteidigt werden müßten. Der Völkerbund erkenne an, daß die dauernde Neutralität der Schweiz gerechtfertigt und daher mit dem Standpunkt des Völkerbundes vereinbar sei. Die Schweiz kann infolgedessen unter Beibehaltung ihrer dauernden Neutralität dem Völkerbunde beitreten.

Die Note über die Handelsflotte.

Weitere Auslieferungen.

Die Wiedergutmachungskommission hat der Reichsregierung ein Schreiben übermittelt, das sich mit den Auslieferungsbestimmungen des Friedensvertrages, soweit die Handelsflotte in Frage kommt, beschäftigt. Es handelt sich lediglich um Verpflichtungen, die Deutschland durch Unterzeichnung des Friedensvertrages übernommen hat. Die Entente macht in diesem Schreiben darauf aufmerksam, daß Deutschland einen Teil der Segelschiffe, der Fischereifahrzeuge usw. abzuliefern hat, weist darauf hin, wie weit sie Anspruch auf Neubauten hat, beschäftigt sich überhaupt mit allen Bestimmungen, die sich auf die weitere Auslieferung der Handelsflotte beziehen. Von einer neuen Forderung der Alliierten kann also in diesem Falle keine Rede sein.

Über die zahlreichen Vorschläge, die die Wiedergutmachungskommission in ihrer Note macht, sind Beratungen im Gange, ebenso wird das statistische Material, das alliiertenfalls gewünscht wird, vorbereitet. In kürzester Frist wird alsdann eine besonders zu diesem Zweck entsandte deutsche Kommission mit den Alliierten über die Angelegenheit verhandeln. Bei den Verhandlungen wird es sich hauptsächlich um die Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages sowie darum handeln, deren praktische Durchführung in wirtschaftlich erträglicher Form zu ermöglichen.

Was gefordert wird.

Die Schiffe, die die Entente jetzt noch anfordert, sind diejenigen mit einem Bruttotonnengehalt zwischen 1000 und 1600 Tonnen. Von diesen muß Deutschland nach dem Friedensvertrage die Hälfte abgeben, und zwar innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages. Nach dem Friedensvertrage sind auch die Schiffe und Boote abzugeben, die zurzeit im Bau sind, und zwar innerhalb der deutschen Landesgrenze selbst, wie auch alle Bauten für deutsche Rechnung im Auslande. Zuerst wollte die Entente, daß als Neubauten alle Schiffe angesehen werden, die bereits bei Werften in Auftrag gegeben wurden und für deren Bau die Zeichnungen fertiggestellt waren. Die Note kommt nun in dieser einzigen Hinsicht dem von Deutschland vertretenen Standpunkt näher. Sie bezeichnet jetzt als Neubauten nur solche Schiffe, deren Kiel schon gestreckt ist. Danach wären also Schiffe, die noch nicht so weit gebaut sind, und ferner diejenigen, deren Bau überhaupt noch nicht begonnen hat, nicht auslieferbar.

Kindermord.

Keine Warnung und Mahnung an die Arbeitslosen und Streikheer spricht eine so deutliche Sprache als die Nachricht einer leistungsfähigen und großen Firma an ihre ausländische Verteilungsstelle, in der es heißt, daß diese Firma einen großen Teil Kinder-Größenmehl, der so schnell wie möglich der Bevölkerung ausgeführt werden sollte, erst in einigen Wochen herstellen könne, weil zum Schluß des vergangenen Jahres die Fabrikation wegen Kohlenmangels einige Wochen stillliegen mußte.

Die mangelhafte Kohlenförderung übt also nicht nur auf die Ernährung der Bevölkerung immer wieder einen ungünstigen Einfluß aus, nein, man darf ohne Übertreibung sagen, daß die Unterernährung unserer Kinder genau die Taktik der Vorkriegszeiten an direkten Kindermord.

Die schärfsten Schritte der Regierung wären gerade gut genug, diesem verbrecherischen Treiben vorbeugender Elemente Einhalt zu tun.

Genug des Sammers und Stens ist in uns und um uns, um dies verlangen zu können.

— denn sie wissen nicht, was sie — reden.

In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung des auf kommunistischer Grundlage aufgebauten „Internationalen Bundes“ der Kriegsverletzten erklärte ein Redner, daß man mit den Waffen des Geistes nicht siegen könne. Auf Gewalt müsse mit Gewalt und Maschinenwaffen geantwortet werden. Wenn man den Kapitalismus in kurzem beseitigen würde, müsse man alle die Intellektuellen hinter Schloß und Riegel bringen und, wenn sie sich nicht füchten, auch „abfehlen“.

Demnach scheint also der Redner der Meinung zu sein, daß der Kommunismus nicht der Mitleid und Gefolgschaft der Intellektuellen — also Geistesarbeiter — bedürfe.

Was müssen zu diesen Ausführungen die „Intellektuellen“ des Salon Caffeter sagen, die sich doch berufen glauben, ihre Geisteskraft in den Dienst des Kommunismus zu stellen? Oder hat der Redner vielleicht gemeint, daß es besser wäre, allen Geist und Verstand „abzufehlen“, um freie und ungehemmte Bahn für ihre handliche Weisheit mit Maschinenwaffen und Sandstrahlen zu haben?

Kein Wunder.

Vor einigen Tagen brachte das Berliner Tageblatt in einer Essener Meldung die Nachricht, daß das Bureau Dschmann von einer Erklärung der Entente Kenntnis erhalten hat, wonach weitere Lebensmittellieferungen von dort aus fernherhin unterbunden werden, wenn in Deutschland die Wirtschaft nicht aufhöre. Diese Mitteilung besagt weiter, daß Sendungen, die bereits unterwegs waren, angehalten worden sind.

Da diese für unsere Ernährungsfragen sehr wichtige Meldung bisher nicht widerrufen wurde, muß man annehmen, daß zum mindesten etwas Wahres daran ist.

Ein Wunder wäre es nicht! — In dem Verhältnis, in dem wir heute zur Entente stehen — nämlich als Schuldner dem Gläubiger gegenüber, der nur deshalb von einer gänzlichen Ruinierung unserer Heimat absteht, weil er bisher immer noch Vertrauen zu deutscher Tüchtigkeit und deutschem Fleiße hatte — kann uns nur, wie immer und immer wieder betont werden muß, angespannteste Arbeit retten, und es wäre sehr zu wünschen in unser aller Interesse, daß dem Vertreter der Eisenarbeiter gefolgt würde, die jetzt beschlossenen, von einer gewaltigen Durchsetzung ihrer Forderung durch Streiks abzusehen, da sie eingeleitet haben, daß bei der gefährdeten Lage unserer Volkswirtschaft und bei den derzeitigen Verhältnissen unter den Eisenbahnern eine Kampfanlage an die Eisenbahnverwaltung nahezu selbstmörderisch sei.

„Wie schön und lieblich ist's, wenn Brüder...“

Aber den herrlichen Biederton, der unter den kommunistischen Brüdern im Sowjetparadies üblich geworden ist, regt sich ein Volkswissenschaftler, die Petersburger „Krasnaja Gazeta“ (rote Zeitung) auf: „Wir haben aufgehört, Sklaven zu sein — sind wir denn wirklich zu einem Lumpenpad geworden?“ ruft die Zeitung aus, „überall in unserem Lande floriert der gemeinste Schimpfwörter kann man überall hören: in den Sowjetbehörden, in den Trams, auf den Straßen. Die Anwesenheit von Frauen und Kindern geniert keinen mehr — es ist, als ob wir verlernt hätten, wie Menschen zu reden, es ist, als ob wir in unserer russischen Sprache überhaupt keine anderen Ausdrücke mehr hätten, als ob wir unsere Gedanken gar nicht mehr anders ausdrücken könnten als durch die gemeinsten Wörter.“

In unserem befreiten Vaterland ist das Gemeine, das Renommieren mit dem Gemeinen zu etwas ganz Selbstverständlichem, Alltäglichem geworden — es ist Zeit, daß man über diese Dinge spricht, und zwar so laut, daß es überall gehört wird.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Freier deutsch-belgischer Handel. Der belgische Staatsanzeiger veröffentlicht ein königliches Dekret, durch das die Einfuhrzölle aufgehoben werden. Durch diese Maßnahme wird der freie Handel zwischen Deutschland und Belgien, der in der Hauptsache durch die Lizenzen getroffen werden sollte, wiederhergestellt.

Durchführung der Steuergesetze im besetzten rheinischen Gebiet. Die interalliierte Kommission erklärte, keine Einwendungen gegen die Durchführung der neuen deutschen Steuergesetze zu haben, nämlich des Grunderwerbsteuergesetzes, des Gesetzes über die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919, des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom 10. September 1919. Auch die Strafrechts- und Vermögensverordnungen der Volksbeauftragten vom Dezember 1918 können in Anwendung kommen.

Ein Zwischenfall in Gleiwitz. Wegen der Verletzung des Polizeioberwachmeisters Ordron durch die Besatzungstruppen in Gleiwitz beschloß die oberösterreichische Polizeibeamten, wenn Ordron nicht freigelassen werde, am 19. Februar den Dienst niederzulegen. Die Beamten der Stadt, der Post, der Eisenbahn, der Steuer und des Gerichts erklärten sich mit ihnen solidarisch. Ordron wurde wegen angeblicher abfälliger Äußerungen über die Ententetruppen verhaftet.

Der Fehlbetrag bei den preussischen Eisenbahnen für 1920 wird auf 6,7 Milliarden Mark geschätzt. Aus diesem Grunde glaubte die Eisenbahnverwaltung bereits jetzt die weitere Tarifhöhung vorschlagen zu müssen und hat deshalb der Landesversammlung den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gütertarife zugehen lassen, außerdem die Verdoppelung der Personentarife ins Auge gefaßt.

Deutsch-Schweizerischer Handelsvertrag. Nach dem bisherigen Stande der Verhandlungen besteht Aussicht, daß der Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz mit dreimonatiger Kündigungsfrist verlängert wird. Abänderungen des Vertrages scheinen einzuwirken, wobei von deutscher noch von schweizerischer Seite in Aussicht genommen zu sein. Das bisherige Handelsvertragsverhältnis würde dadurch bis zum Juli d. J. verlängert werden.

Polen.

Der Frieden mit Rußland. Wie die Warschauer Blätter melden, wird an den ausländischen Stellen eifrig an der Ausarbeitung der Friedensbedingungen gegenüber Rußland gearbeitet. Alle Ministerien wurden aufgefordert, erscheinende Angaben über die wirtschaftliche, militärische und politische Lage Polens zu erstatten. Von den parlamentarischen Gruppen sind es allein die Sozialisten, die die sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen verlangen.

Belgien.

Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland. Ein Delegierter der russischen Genossenschaften ist in Brüssel angekommen. Er hatte eine längere Unterredung mit dem Ernährungsminister. Der Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten hat erklärt, er werde eine Kommission nach Rußland entsenden, um an Ort und Stelle Erhebungen über die Möglichkeit der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen anstellen zu lassen. Diese Kommission werde jedenfalls mit den russischen Delegierten, die sich jetzt in Brüssel befinden, abreisen.

Großbritannien.

Staatliche Verteilung der Bergwerksgewinne. Im Unterhause wurde der Entwurf eines außerordentlichen Gesetzes bezüglich der Kohlenbergwerke eingebracht. Der Entwurf sieht vor, daß die Gewinne aus dem Betriebe sämtlicher Kohlengruben in einen gemeinsamen Fonds kommen sollen und nach einem gewissen festen Verhältnis an die Gesellschaften verteilt werden.

Amerika.

Drohender Eisenbahnstreik. Der Bund der amerikanischen Transportarbeiter und seine Angestellten und der Eisenbahnwerkstättenarbeiter hat an seine 300 000 Mitglieder die Weisung erteilt, am 27. Februar früh die Arbeit niederzulegen. Die Mitglieder des Bundesausschusses er-

klärten, der Streik könne nicht vermieden werden, wenn die Eisenbahnverwaltung nicht die Lohnforderungen der Eisenbahner bewillige.

Aus In- und Ausland.

Paris. Die französische Verwaltung in Mainz hat den Zeitungen in Mainz und in der Rheinprovinz jeglichen Protest gegen das Auslieferungsbegehren der Entente verboten.

München. Im Landtage teilte der Minister des Innern mit, daß die Arbeiterräte in Bayern im Abbau begriffen sind, eigentlich nur noch ein Scheindalein führen und jedenfalls eine politische Rolle kaum noch spielen.

New York. Das amerikanische Hilfswerk für Deutschland, das von einer Anzahl privater Vereinigungen eingeleitet wurde, ist unter Leitung Karl Nagels, des früheren Handelssekretärs im Kabinett Taft, zentralisiert worden.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G.), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Franc (Fr.):

Börseplätze	14. 2.		13. 2.		12. 2.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G	3746	3754	3721	3729	3796	3804
Kopenhagen Kr.	1458 1/2	1461 1/2	1448 1/2	1446 1/2	1463 1/2	1466 1/2
Stockholm Kr.	1868	1872	1848	1852	1868	1872
Christiania Kr.	1708 1/2	1711 1/2	1678 1/2	1681 1/2	1698 1/2	1701 1/2
Bern Fr.	1648 1/2	1651 1/2	—	—	1668 1/2	1666 1/2

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kurschwankungen natürlich abgesehen.

* Berliner Produktenbörse. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 14. Februar: Safer für 1000 Kilogramm loco 4360—4400 Mark ab Bahn, auf sofortige Abladung 4380—4440 Mark ab Station. Tendenz unregelmäßig.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorien 400—540 Mark, gelbe und grüne Erbsen 320—470 Mark, Bohnen, weiße inländische 400—490 Mark, belgische 225—240 Mark, Bierdebohnen 220—240 Mark, Wicken 180—195 Mark, Lupinen 90—108 Mark, Gerste 128—135 Mark, Weizen, rot, 47—55 Mark, Erbsen, drabgepreßt 27—36 Mark, gebündelt 28—32 Mark, Munkelrüben 7 1/2—8 Mark, je nach Abblatation, Kohlrüben, gelbe 8—8 1/2 Mark, weiße 5 1/2—6 Mark, Trockenschmelz 98—98 1/2 Mark, dito Patent Steffen 110—112 Mark, Kaffee, inländischer selbstfrei 1800 bis 2200 Mark, Buchweizen 235—245 Mark.

* Einigung im deutschen Baugewerbe. Die seit mehreren Monaten bestehenden Lohnkonflikte sind nach mehrmaligen erfolglosen Versuchen der Beilegung in erneuter Verhandlung vom 13. Februar 1920 im Reichsarbeitsministerium durch einen Einigungsvorschlag beigelegt worden, der seitens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Zentralorganisation Annahme fand. Hiernach werden im Hoch- und Tiefbaugewerbe vom 14. Februar ab bis 31. März 1920 Teuerungszulagen von 1 Mark auf die Stunde gewährt; für Großstädte über 100 000 Einwohner, die Industriegebiete Rheinland-Westfalen, Saar, Oberschlesien und für die Bitterfelder, die Leuna- und die Lautawerke beträgt diese Zulage 1,25 Mark. Eingerechnet in diese Zahlen werden die Lohnaufbesserungen, die ab 10. Dezember 1919 gegeben worden sind; auch die von der Zentralarbeitsgemeinschaft beschlossenen „Vot- und Kartoffelzulagen“ sind darin enthalten. Soweit durch örtliche Vereinbarungen höhere Zulagen bereits erzielt sind, bleiben diese bestehen.

* Der freie Durchfuhrhandel. Aus England und Holland verläutet übereinstimmend, die erste Tat des Völkerbundes werde wahrhaftig sein, den internationalen Ausschluß zur Prüfung des freien Durchfuhrhandels, der seinen Sitz in Paris habe, aufzufordern, sobald wie möglich Vorschläge für eine ausreichende Organisation des Durchfuhrhandels einzureichen. Pläne für internationale Abkommen auf dem Gebiete des Durchfuhrverkehrs auf den Wasserstraßen und Eisenbahnen werden dem Vunde vorgelegt werden.

Maschinengewehrfeuer im Helfferich-Prozeß.

§ Berlin, Mitte Februar.

„Die Tage folgen einander wohl, aber sie gleichen einander nicht“, heißt es im Sprichwort. Im Helfferich-Prozeß gleichen sie einander, jeder Tag bringt scharfe Angriffe des angeklagten Staatsministers a. D. gegen den Hagenden Reichsfinanzminister, jeden Tag prasselt ein wahres Maschinengewehrfeuer verhängnisvoller Kreuz- und Querfragen, die selbst ein ganz unschuldiges Lämmchen nervös machen würden, auf den Kläger nieder, und wenn dann das ratternde, knatternde Tat-Tat dieser Fragestellung, die die Stellung der Verteidiger — dieses Wort im weitesten Sinne genommen — unfehlbar klärt, endlich verstummt und man wieder in ein weniger ungemütliches Kampfgelände gelangt zu sein hofft, wird ganz plötzlich schweres Geschütz aufgeführt und mit Kanonen geschossen, so daß der sonst nicht leicht aus seiner Schwabenruhe zu bringende Herr über alle unsere Finanzen ein bißchen die Haltung verliert, und auch dort, wo Sachlichkeit vielleicht besser am Platze wäre, auf die vielfach recht groben Ausfälle des Herrn Helfferich mit nicht minder grobförnigen Aus- und Einfällen antwortet. So gestern, so heute, so sicher auch morgen und übermorgen — denn dieser denkwürdige Prozeß dürfte sich, wenn es in diesem Ton und Tempo weitergeht, zu einer dauernden Einrichtung in unserem unglücklichen Vaterlande auswachsen und den Zeitungen vielleicht noch in der stoffarmen Sommerzeit erwünschtes „Füllmaterial“ liefern.

In keinem anderen Kulturlande wäre es denkbar, daß ein Mann, gegen den das alles vorliegt, was Herr Erzberger in diesem Prozeß gegen sich selbst hat ausgeben müssen, noch als antretender Minister im Gerichtssaal erschiene! So Herr Helfferich. „In keinem Lande der Welt wäre es möglich, daß ein ehemaliger Vizeminister in der Art seiner Angriffe so tief sinken könnte wie der Angeklagte Helfferich!“ So Herr Erzberger. Und in dieser lieblichen Tonart geht das Zwiegespräch weiter, bis es durch das Eingreifen der Verteidiger, in erster Linie des temperamentvollen Herrn Dr. Alsbach, des Vorsitzenden und der Zeugen zu einem unheimlich lebhaften Palaver sich gestaltet. Ganz geheuer mag das alles dem klägerischen Staatsmann schon längst nicht mehr vorkommen, und man kann sich kaum noch wundern, wenn Herr Erzberger, der doch sonst um Rede und Gegenrede nicht eben verlegen zu sein pflegt, hin und wieder kleinlaut wird, ausweicht, sich nicht erinnern kann, selbst nicht an solche Vorgänge und Gespräche, die nicht weit zurückliegen und zu denen reflexlos Aufklärung er, sollte man meinen, sein Gedächtnis nicht allzusehr ananstrengen brauchte. Und man

darf sich auch nicht wundern, wenn dann der geschickt, aber herzlich nicht immer mit elegantem Florett fechtende Herr Helfferich bissig wird und mit einer Art grimmigem Humors behauptet, daß gerade sein „bestes Entlastungszeugnis“ so oft gedächtnislos geworden sei.

Worum es geht, ist eigentlich beinahe schon gleichgültig geworden, da sich ja doch schließlich alles um die mehr oder minder subjektive oder objektive Auslegung des Wortes „Les affaires sont les affaires“, Geschäft ist Geschäft, handelt. Auf die Erörterungen über das Sprengmittel des Ingenieurs Kowalski, dessen Patent an die skandinavischen Länder verkauft wurde, wobei Herr Erzberger 300 000 Mark verdient haben soll, folgt die ebenso interessante Erörterung über das Anhydratleder des Kommerzienrats Nechberg (Anhydratleder ist wasserfestes Leder, sog. Mumienleder), aber man glaubt, immer noch bei den Sprengmitteln zu sein, denn Herr Helfferich operiert weiter mit Sprengmitteln und wirft immer neue Bomben. Er kennzeichnet die Millionenaufträge an Nechbergs Schuhfabrik, an der Erzberger finanziell sehr hoch beteiligt gewesen sein soll, den Verkauf von Millionen Gentner Sohlenleder an das feindliche Ausland, die dadurch erzeugte ungeheure Preiskreierei im Lederhandel und was solcher Dinge mehr sind. Die Stimmung wird immer gedrückter, die Fragen werden peinlicher, die Antworten gereizter, und das „Tribunal“ wird zur „Szene“, zur Schaubühne, auf der ein spannendes Drama agiert wird, als der Generalleutnant v. Oren als Zeuge erklärt, daß er einen Versuch, das Nechbergsche Schuhimpregnationsverfahren während des Krieges an das Ausland zu verkaufen, als Hochverrat hätte bezeichnen müssen, und Herr Helfferich prompt, wie aufs Stichwort, ein von Erzberger gemachtes Verkaufsangebot an das ententefreundliche Norwegen aus der Tasche zieht und verliest. Ein sehr effektvoller Aktluß, um den mancher moderne Dramatiker Herrn Helfferich beneiden dürfte!

Der Patentverkauf nach Schweden.

Von beteiligter Seite wird durch W. L. B. darauf aufmerksam gemacht, daß in der Angelegenheit des Verkaufes eines Patents zur Verwertung flüssiger Luft zu Sprengstoffen an das Ausland der Heize Generaldirektor Wirtmeier unter seinem Eide ausgesagt habe, dieser Verkauf sei durch seine (Wirtmeiers) Vermittlung, und zwar nach dem Ausschreiben des damaligen Abgeordneten Erzberger aus der Gesellschaft, erfolgt. Das Patent wurde nach Schweden verkauft.

Die böse Valuta!

Eine kleine Klauderei von D. Voeltger-Sen.

Mit der uns Deutschen nun einmal eigentümlichen Gründlichkeit beschäftigen wir uns seit Monaten mit ihr — der Valuta — die an allem, aber auch an allem schuld ist.

Doch nicht deswegen allein. — Valuta! — Wir Deutschen haben eine Vorliebe für Fremdwörter und dann klingt Valuta so hübsch und interessant nach — Nationalökonomie, und worüber spricht man nicht lieber als über das, was man nicht versteht? —

Valuta! — Man spricht von ihr, man träumt von ihr, sie hat meinem Freunde Schmidt den häuslichen Frieden gestört. Wie er mir erzählte, war seine kleine Frau bereits am 12. des Monats mit ihrem Wirtschaftsgeld fertig und führte als Erklärung hierfür nur das kleine Wörtchen „Valuta“ an. — Sie ist schuld daran, daß ich mich seit gestern alleine beim Rasieren schneide, da mein Barbier, dem ich untreu wurde, sechzig Pfennige für das Rasieren verlangte und dabei auf die hohen Preise für Seife hinwies und das Wörtlein „Valuta“ in den Bart brummte. — Kurz und gut: In allem Sätzlichen, Unerfreulichen und Verdächtigenden ist die Valuta schuld, sie alleine.

Gestern sah ich in meinem Siamlokal. Am Nebentisch drei mir Unbekannte. Man sprach von Goldpreisen, von der gestiegenen — ja auch da wieder — Valuta und ich horchte interessiert hinüber. Das Gespräch wurde ziemlich laut geführt. Der eine von ihnen schien schwer zu hören und dann hatten sie auch schon das dünne Einheitsbier durch effliche Schnäpse veredelt. Als sie, wie gefagt, bei den Goldpreisen angelangt waren, zog der eine lächelnd einen schmalen goldenen Trauring aus der Seitentasche und fragte: „Was mag heute das Ding wert sein?“ — „Eigentlich möchte ich ihn verkaufen, ich habe keine Verwendung mehr dafür, mir ist er auch zu eng.“ — Der Ring machte die Runde am Tisch und wurde geprüft. — „Ich werde Ihnen den Ring abkaufen, was wollen Sie dafür haben?“ — Man wurde nach längerem Feilschen handelseinig. — Nachdem die drei einige Zeit von dem Thema abgekommen waren — die Zahl der Schnäpse war noch um einige gestiegen — wandte sich plötzlich der Dritte dem glücklichen neuen Besitzer des Ringes zu: „Wissen Sie was, überlassen Sie mir den Ring für meine Braut, Ihnen paßt er ja doch auch nicht und ich muß ihn doch über kurz oder lang einen Trauring schenken.“ Es dauerte auch nicht lange und die beiden wurden einig, natürlich mit einem nicht ganz unwesentlichen Aufschlag wanderte das Objekt in die Tasche des glücklichen Bräutigams. —

Die Preise, die für den Ring in dieser kurzen Zeit gezahlt wurden, habe ich heute nicht mehr im Gedächtnis, das tut auch nichts weiter zur Sache. Das Bild aber bleibt und das ist für unsere Zeit bezeichnend.

Über diesem Handel und Sandeln schwebt wie ein Unstern für die Beteiligten das Wort „Valuta“.

Warum? — Aus einem im ersten Augenblick nicht ersichtlichen Grunde stieg hier der Wert eines Gegenstandes um das Doppelte. — Die Valuta war eben daran schuld. — Sagt man, sagen sie, sagen heute alle.

Und in Wirklichkeit? Was ist Valuta? Valuta ist der Gradmesser für das Vertrauen unserer Gläubiger in die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes in der Hauptsache. Andere Gründe und Ursachen sprechen da natürlich auch noch mit. —

Unsere Lage ins Kaufmännische übertragen: Deutschland ist ein Geschäft, das vor dem Bankrott steht, seine Gläubiger sind die Ententeländer. Solange der Gläubiger steht, daß der Schuldner, also wir, sich bemüht, durch redliche Arbeit, angepannteste Arbeit sein Schuldfonto auszugleichen, wäre er ein Narr, ihm hierzu die Möglichkeit durch besondere Härte zu rauben, er würde auf diese Weise der am meisten Geschädigte sein.

Was aber tun wir? — Wir schwachen über den Stand der Valuta, anstatt in die Hände zu spucken und zu arbeiten. Wenn alle Hände, die sich noch regen können, heute zu fassen und arbeiten würden, würden wir Ware schaffen. Ware ist heute alles, Geld nichts.

Noch ist es Zeit, den augenblicklichen Ausverkauf Deutschlands aufzuhalten, doch nicht durch Verschauern dessen, was man besitzt, sondern durch das Produzieren neuer Ware. — Noch ist es Zeit! —

Aus Stadt und Land.

Wetterbericht für den 17. Februar.
Sonnenaufgang 7:17 | Mondaufgang 5:57
Sonnenuntergang 5:12 | Monduntergang 2:59
1837 Johann Heinrich Pestalozzi gest. — 1858 Heinrich Heine gest. — 1917 Die Österreicher erobern Czernowitz zurück

Wettervorhersage.

Keine wesentliche Veränderung.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise. Am 1. März 1920 treten auf den deutschen Eisenbahnen neue Erhöhungen im Güterverkehr um allgemein 100 % in Kraft. Gleichzeitig mit diesen Erhöhungen werden nun auch im Personenverkehr die längst erwarteten gleichen Erhöhungen angekündigt. Danach werden auf den deutschen Eisenbahnen die Personen-, Gepäck- und Expressgattarife sich um 100 % verteuern. Anlässlich der Tarifserhöhungen soll ein Neudruck oder eine Überstempelung der Fahrkarten nicht erfolgen. Es wird voraussichtlich angeordnet werden, daß für eine Fahrt zwei Fahrarten der zu durchfahrenden Strecke gelöst werden müssen. Infolge der Erhöhung der Personentarife verlieren die in der Zeit vom 10. bis 29. Februar gelösten Fahrscheine des mittlereuropäischen Reisebüros mit dem letzten Tage des Monats ihre Gültigkeit. Wie die andere Sache, so werden auch die Gebühren für Aufbewahrung von Fahrrädern erhöht.

Die Wiederbelebung des Sonntagsverkehrs der Eisenbahn scheint noch nicht allgemein bekannt geworden zu sein. Der Verkehr am gestrigen Sonntag war denn auch im Gebiete der oberen Sächsischen Schweiz nur gering, trotzdem die Sonne mit ihren wärmenden Strahlen, der klare blaue Himmel und die frische reine Luft förmlich zu einer Wanderung einluden.

Fasnacht ist morgen. Wie alljährlich, d. h. vor und nach dem Krüge, so wird auch diesmal der „Fasabend“ oder die „Fasnacht, Fasnacht“ — wie man diesen Tag, vom altdeutschen Faseln abgeleitet, nannte, durch fröhlichen Tanz und kostümierte Feste begangen werden, wie ein Blick auf die Anzeigen unserer Zeitung lehrt. Dem toten Treiben wird durch Aschermittwoch ein jähes Ende bereitet. In Wirklichkeit befinden wir uns in Deutschland schon immer in Aschermittwoch-Stimmung, d. h. nur diejenigen, denen das Wohl und Wehe unseres geliebten Vaterlandes am Herzen liegt. Wie oft ist es doch betont worden, daß viele unserer Volksgenossen in einem Saumel auf dem Pulvertafel tanzen, doch sind diese eben der Meinung, daß man die Feste feiern soll, wie sie fallen. Man wird das nicht ändern können. Natürlich kann es jeder halten wie er will. Auch wir sind nicht dafür, daß man sich in Sack und Asche hüllt und hoffnungslos in die Zukunft blickt. Im Gegenteil! Kopf oben und mutig vorwärts! Und wenn der Faschnachtsrummel vorüber und für viele der Aschermittwoch-Kater kommt, so werden wir auch weiter mit klarem Kopfe alle Erscheinungen am politischen Horizont verfolgen, damit unsere Leser und Leserinnen stets auf dem laufenden sind und ihnen nichts Überrascht kommt. Nicht übermäßig jubeln, nicht unnötig fasten wollen wir, denn in Wirklichkeit ist ja unser ganzes Leben bei der kargen Zuteilung schon seit langer Zeit ein Fasten. Gehen wir also den Mittelweg und nehmen wir das Leben, wie es ist.

Wieder in der Heimat! In den letzten Tagen sind mehrere Landsleute aus französischer Gefangenschaft in Schandau und Umgebung eingetroffen. Schon jetzt wollen wir ihnen unseren Willkommenstruß entbieten. Auf Befragen an Nahestelle werden wir ersucht, mit der Veröffentlichung der Namen und näheren Angaben noch einige Tage zu warten, da mit dem Eintreffen weiterer Heimkehrer zu rechnen ist. Gleichzeitig ersuchen wir die Angehörigen derselben, uns ebenfalls baldigst mit den nötigen Angaben zu versehen, damit wir die Liste der Heimkehrer möglichst lückenlos veröffentlichen können. Denn gerade diese Männer, die jahrelang von Stachelbraut umgeben waren, die sich meist unter Entbehrungen schlimmster Art in verzehrender Sehnsucht nach Heimat und Vaterland ausgerieben haben, die einst auszogen, die Ehre des Vaterlandes zu retten und die, nachdem sie in Gefangenschaft geraten, heldenmütig alle Qualen ertrugen —, diese Männer haben dem Vaterlande und somit uns allen gewaltige Opfer gebracht, für die wir ihnen Dank schulden.

Die am gestrigen Sonntag in unserer Kirche gesammelte Kollekte für die kirchliche Jugendpflege hat den Betrag von 33 M. ergeben.

In den U.-L.-Lichtspielen wird am kommenden Mittwoch nachmittags 4 Uhr eine Kindervorstellung zum Einheitspreis von 35 Pfg. gegeben. Am Abend wird das Lustspiel „Paragraphe 80, Absatz 11“ vorgeführt; außerdem „Der Eid des Stefan Suller“, ein nach dem bekannten Roman für den Film bearbeitetes Drama.

Heute Montag und Donnerstag, den 19. Februar, verkehren die Schnellzüge 1 und 2 zwischen Wien und Gmünd, so daß an diesen Tagen die Wien-Berliner Verbindung über Dresden wieder hergestellt ist: ab Wien 7 Uhr vorm., an Dresden Hbf. 7,29 Uhr nachm. und ab Dresden Hbf. 11,34 Uhr vorm., an Wien 11,10 Uhr nachm. Ob die Züge auch nach dem 19. Februar weiter verkehren werden, steht noch nicht fest. Zwischen Berlin-Dresden und Prag bleibt die Verbindung aber auch weiterhin Montags, Donnerstags und Sonnabends bestehen.

Zugverkehr am Vufstage. Am sächsischen Vufstage (25. Februar) wird auf den sächsischen Staatsbahnen der Personenverkehr wie an Werktagen durchgeführt. Es werden jedoch einzelne Züge, die vornehmlich dem Arbeiter- und Berufsverkehr dienen und an diesem Tage nicht gebraucht werden, ausfallen. Dieser Zugausfall wird durch Schalteranschlag auf den Stationen bekanntgemacht.

Verschiedentlich wird das Gerücht verbreitet, daß eine weitere Herabsetzung der Brottraktion beabsichtigt würde. Von einer derartigen Absicht ist dem Landeslebensmittelamt aber nichts bekannt. (S. St.)

Weil er beruflich arbeitete und trotzdem Arbeitslosenunterstützung bezog, hatte sich der 49 Jahre alte, aus Gottschdorf gebürtige Kellner Albin Max Schlefche in Dresden wegen Betrugs zu verantworten. Der Angeklagte

bezog von Dezember 1918 bis Mai 1919 insgesamt 1116 Mark Arbeitslosenunterstützung, ging aber seinem Berufe nach mit nach. Es wurde ihm vor Gericht nachgerechnet, daß er in dieser Zeit noch gegen 3000 M. verdient hatte. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Auflösung des sächsischen Kadettenkorps zu Dresden. Am 10. März wird das sächsische Kadettenkorps gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages aufgelöst. Sämtliche Kadetten werden entlassen. Die sächsische Unterrichtsbehörde beabsichtigt, eine „Landeserziehungsanstalt Sachsen mit Realgymnasium“ in den Räumen des bisherigen Kadettenkorps zu errichten, zunächst provisorisch, bis die Besitzverhältnisse zwischen dem Reiche und Sachsen geklärt sind. Auskunft erteilt und Anmeldungen für die Klassen von Untertertia an aufwärts nimmt die Direktion Dresden-N. 15, Marienallee 4, entgegen.

Viehablieferungen an die Entente. Der Landeskulturrat wird in einer Eingabe an das sächsische Wirtschaftsministerium den Antrag stellen, daß bei den Viehablieferungen an die Entente die von dieser geforderten Mindestgewichte bei den Rindern und der Tagesmischterrag bei den Kühen mit Rücksicht auf die herrschende Futternot, die die Erfüllung der gestellten Bedingungen unmöglich macht, entsprechend herabgesetzt werden. Weiter wird er das Wirtschaftsministerium ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Bezahlung der abgelieferten Tiere seitens der Reichsregierung innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen muß.



Königstein. Gemäß Verfügung der Reichswehr-Brigade XII ist die Sperrung der Festung Königstein für den Fremdenverkehr neuerdings wieder angeordnet worden.

Pirna. Der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz hält am 21. Februar, nachmittags 1/23 Uhr, im Gasthof „Zum Schwan“ seine 41. ordentliche Mitglieder-Hauptversammlung ab.

Ramenz. Im Steinbruch Wiesa wurde bei Aufräumungsarbeiten der in Lückersdorf wohnhafte 64 Jahre alte Arbeiter Teagry verunglückt. Er konnte zwar noch lebend unter den hereingebrachten Steinmassen hervorgezogen werden, erlitt aber so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Da das Ministerium die Errichtung einer Einwohnerwehr erneut wünschte, besaßen sich die Stadtverordneten erneut mit der Frage. Mit 11 gegen 10 Stimmen wurde die Wehr abgelehnt.

Witzsch. Gestohlen wurden in der Nacht zum 11. d. Monats des Bäckermeister Hartmann zwei je 80 Pfund schwere Schweine im Werte von 2000 Mk. Die Schweine sind am Latorte abgeschlachtet worden.

Zittau. Der Gartenbesitzer Gustav Blich kam auf den Sehten zu Fall und wurde tödlich überfahren.

Zittau. Ein Raubüberfall wurde hier von einem unbekanntem jungen Manne auf die Tochter des Bergwerksbesitzers Neumann verübt. Diese hatte 14 000 Mark von der Zittauer Bank geholt. Auf dem Heimwege war sie der Räuber von hinten zu Boden. Es spannte sich ein Kampf, bei welchem dem Räuber 3000 Mark in die Hände fielen.

Dresden. Der Schiffsbedemann Karl Klinger stürzte von einem Läufsteg in die Elbe hinab und war dem Ertrinken nahe, als man ihn ins Trockene brachte. Der 64 Jahre alte Mann verstarb aber, als man ihn im Unfallwagen nach dem Krankenhaus beförderte. — Am Sonnabend früh wurde eine etwa 50 Jahre alte Frau, die auf der Lößtauer Straße die Fahrbahn überschreiten wollte, von einem LKW der Linie 22 erfasst und überfahren. Die Frau erlag augenblicklich ihren Verletzungen.

Dresden. Ein größerer Einbruch wurde in einer der letzten Nächte in einem am Neufäßter Bahnhof gelegenen Warenspeicher unternommen. Die Spitzbuben, die in diesem Falle ganz besondere Kenntnisse von dem Dienst der Bahnbeamten haben müssen, sind aber offenbar gestört worden und vor Eintreffen von Polizeibeamten der Neufäßter Bahnhofswache geflüchtet.

Chemnitz. Auf dem Bahntransport von Burkhardtshaus nach Chemnitz wurden 400 Dugend Knabensocken im Werte von 40 000 M. gestohlen. — Hier fand ein sächsischer Bauerntag des Deutschen Bauernbundes statt, der aus allen Teilen des Landes gut besucht war. Unter anderem wurde beschlossen, in Sachsen Kreisvereine zu bilden, und zwar für das Vogtland, Zwickau, das obere Erzgebirge, Chemnitz, Leipzig, Dresden, Freiberg, Niederelbe und Westlausitz.

Leisnig. Der Fall, daß ein Dieb mehr bringt, als er nimmt, ist hier im Gasthaus zur Terrasse vorgekommen. In der Nacht zum Mittwoch wurden dort ein Paar Schuhe, eine Mütze und 20 M. Papiergeld gestohlen. Der Dieb ließ aber, wahrscheinlich weil er gestört wurde, einen Rucksack aus braunem Zeltbahnstoff, ein Paar Militärstiefel und ein Paar Herrenschuhe zurück.

Leipzig. Die „Leipziger Volkszeitung“ darf wieder erscheinen. Die Angefallenen und Arbeiter der Zeitung haben Klage auf Bezahlung des ausstehenden Lohnes eingereicht.

Hausfrauen, seht baldigst euren Karren mit den angefallenen Früchten heraus, damit diese die gefundenen nicht anstecken können. Es ist zwar eine mühsame, lohnende Arbeit.

da die Wittengemeinschaft sich geweigert hat, die ausgefallenen Wochen zu vergüten.

Leipzig. Eine am 9. Februar aus der Frauenklinik mit ihrem dort zur Welt gekommenen Kinde, einem Mädchen, entlassene lebige Fabrikarbeiterin, die in ihrer Not und Hilflosigkeit für ihr Kind nicht sorgen zu können glaubte, hat dieses mitsamt dem Steckklaffen in Leipzig-Connewitz in die Pleiße geworfen. Später ging sie selbst ins Wasser, suchte aber schließlich das Land wieder auf und begab sich in vollkommen durchnäßigem Zustande in die Wohnung ihrer Wirtsleute. Bis heute ist die Leiche des Säuglings noch nicht gefunden worden.

Leipzig. Die Anmeldungen der Aussteller zur kommenden Frühjahrsmesse laufen noch immer sehr zahlreich ein. Ihre Zahl übersteigt bereits 11500. Der Zuwachs ist zu einem großen Teile der Technischen Messe zuzuschreiben. Auch die Einkäufer werden diesmal wieder in großen Scharen nach Leipzig kommen, sind doch beim Messamt bereits 40 000 Abzeichen bestellt worden. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß auch diesmal die Gesamtheit der Messbesucher die 100 000 erreichen oder überschreiten wird. Gegen die Kriegsmessen ist diesmal auch wieder mit einer stärkeren Vertretung des Auslandes zu rechnen. Aus Polen, Ungarn, Holland, der Schweiz, ja selbst aus Frankreich sind Einkäufer zu erwarten, so daß die Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse selbst hohen Erwartungen entsprechen werden.

Eingefandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die pressgesetzliche Verantwortung.)

Nach einmal:

„Sollen eure Kinder Christen oder Heiden werden?“

Von Bürgermeister Dr. Voigt.

(Schluß.)

5. Wenn es aber zutreffend ist — und das dürfte wohl von keiner Seite ernstlich bestritten werden —, daß der Erfolg des Unterrichts in der sittlichen Lebenskunde vor allem von der Persönlichkeit des Lehrers abhängt, der ihn erteilt, so muß für den Fall der tatsächlichen Einführung der sittlichen Lebenskunde als verbindliches Unterrichtsfach gleichzeitig Vorkehrungen getroffen werden, daß dieser Unterricht dann auch wirklich erteilt wird, wie es im Interesse der Erziehung nötig ist. Infolgedessen müssen meines Erachtens in das über die Einführung der sittlichen Lebenskunde als verbindliches Unterrichtsfach zu erlassende Gesetz oder in die darüber zu erlassende Verordnung — nach meiner Ansicht kann allerdings, wie ich bereits ausgeführt habe, nur der Erlass eines entsprechenden Gesetzes in Frage kommen — einerseits entsprechende Vorschriften darüber eingefügt werden, daß „Lebenskunde Religions- und Sittenunterricht zugleich ist“, daß sie also insbesondere auch dazu dienen soll, das religiöse Empfinden in den Seelen der Kinder zu erwecken und zu entwickeln. Nicht minder aber ist in diesem zu erlassenden Gesetze oder in der zu erlassenden Verordnung zu bestimmen, daß solche Lehrer, die den Unterricht in der sittlichen Lebenskunde nicht in der vorgeschriebenen Weise erteilen, dann auch gegen ihren Willen von dieser Erteilung ausgeschlossen werden können. Ist doch jetzt immer nur davon die Rede, daß die Lehrer ihrerseits berechtigt sein sollen, die Erteilung des Unterrichts in der sittlichen Lebenskunde ebenso abzulehnen, wie dies hinsichtlich der Erteilung religiösen Unterrichts und der Übernahme kirchlicher Verpflichtungen durch Artikel 149 der neuen Reichsverfassung vorgesehen ist. Es ist aber sehr wohl denkbar, daß Lehrer bei der Erteilung des Unterrichts in der sittlichen Lebenskunde dem Grundsatz, daß diese Religions- und Sittenunterricht zugleich sein soll, nicht Rechnung tragen, und deshalb muß für derartige Fälle die Möglichkeit geschaffen werden, solche Lehrer von der Erteilung des Unterrichts in der sittlichen Lebenskunde überhaupt auszuschließen. Muß doch gerade in dieser Beziehung das Wort des „Ehrenvertreters“ in dem in der letzten Nummer des Pirnaer Anzeigers veröffentlichten Eingefandt Anwendung finden, „daß in der Schule nicht der Lehrer allein zu bestimmen hat, sondern daß auch die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder ein Wort mitzusprechen haben.“

6. Mag aber auch die ganze Angelegenheit eine Regelung erfahren, welche sie will, so muß doch unter allen Umständen verlangt werden, daß der Kampf um die weltliche Schule nur mit erlaubten Mitteln geführt wird. Mit dieser sicherlich berechtigten Forderung war es jedoch unter keinen Umständen zu vereinbaren, daß Herr Seminaroberlehrer Schmieder sich nicht scheute, die Behauptung aufzustellen, „die gesamte Lehrerschaft würde, wenn die weltliche Schule nicht zur Einführung käme, die Weitererteilung des Religionsunterrichts ablehnen, und diejenigen, die gegen die weltliche Schule seien, würden dann die Verantwortung dafür tragen“. Denn eine derartige Drohung ist kein sachliches Kampfmittel mehr, sondern nichts weiter, als verächtlicher Zwang. Das ist um so mehr der Fall, als Herr Oberlehrer Schmieder durchaus das Recht abgelehnt werden muß, im Namen der „gesamten“ Lehrerschaft zu behaupten, „daß diese bei der Nichterführung der weltlichen Schule die weitere Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen würde“. Gibt es doch auch in Sachen ohne jeden Zweifel noch eine große Anzahl Lehrer, auf die jene Behauptung des Herrn Oberlehrer Schmieder nicht zutrifft und die vielmehr auch bei der Nichterführung der weltlichen Schule den Religionsunterricht sicher weiter erteilen würden. Das beweist schon die Gründung und überraschend schnelle Erstarkung des „Deutschen Nationalen Lehrerbundes“ (zu vergl. Nr. 34 des Pirnaer Anzeigers vom 11. d. M. Seite 2), da ohne weiteres vorausgesetzt werden darf, daß die diesem Lehrerbund angehörigen Lehrer die Weitererteilung des Religionsunterrichts nicht ablehnen werden. Ueberdies aber stellt jene Behauptung des Herrn Seminaroberlehrer Schmieder die Dinge geradezu auf den Kopf, indem sie den Versuch macht, die Verantwortung für die eigene Handlungsweise und die sich daraus ergebenden Folgen, die offenbar auch Herr Seminaroberlehrer Schmieder recht bedenklich erscheinen, auf andere abzuwälzen, und es muß deshalb gegen ein derartiges Verfahren aus nachdrücklichster Stellung genommen werden.

7. Schließlich aber muß gegenüber dieser Art und Weise des Herrn Oberlehrer Schmieder, für die Einführung der weltlichen Schule einzutreten, auch noch auf einen Beschluß hingewiesen werden, den der „Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen“ am 6. d. M. in Leipzig unter Teilnahme des Herrn Unterrichtsminister Dr. Seyfert abgehaltenen Sitzung gefaßt hat, da Herr Oberlehrer Schmieder als Parteipolitiker auch Vorsitzender der Ortsgruppe Pirna der Deutschen Demokratischen Partei ist. Denn dieser Beschluß lautet: „Zu Erkenntnis der Notwendigkeit, die Landesgesetzgebung in Sachsen in Übereinstimmung mit der Reichsverfassung zu bringen, hält der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen, ohne im gegenwärtigen Augenblick in eine sachliche Entscheidung über die Frage der weltlichen Schule einzutreten, für die zurzeit rechtlich und tatsächlich einzig mögliche Form einer befriedigenden Lösung die vom Unterrichtsminister Dr. Seyfert vorgeschlagene Gemeinschaftsschule, in der den Kindern — nach dem Bekenntnis getrennt — Religionsunterricht erteilt wird, ohne Zwang für die Erziehungsberechtigten und Lehrer und ohne Aufsichtsbefugnis und Mitbestimmungsrecht der Kirche. Wo die Verhältnisse es gestatten, ist für die Kinder, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, ein Unterricht in sittlicher Lebenskunde zu erteilen.“ (Zu vergl. Nr. 40 der Dresdner Nachr. vom 9. Februar 1920). Ergibt sich doch aus diesem Beschlusse zunächst, daß sich Herr Oberlehrer Schmieder als Parteipolitiker bei seinem Vorgehen im Widerspruch mit der Leitung seiner eigenen politischen Partei befindet. Ueberdies aber ist jener Beschluß für die Beurteilung der ganzen Angelegenheit um so wichtiger, weil darnach in der Gemeinschaftsschule der Religionsunterricht „ohne Aufsichtsbefugnis und Mitbestimmungsrecht der Kirche“ erteilt werden soll. Denn das beweist, daß auch die Behauptung des Herrn Oberlehrer Schmieder, „wenn Religionsunterricht weiter erteilt würde, so werde er auch wieder unter kirchlicher Aufsicht sein“, nicht zutreffend ist.

Verförgung mit Krankenmehl und Krankengebäck.

W. M. I.

In Abänderung der Nachtragsbekanntmachung des Bezirksverbandes über Verförgung mit Krankenmehl und Krankengebäck vom 3. Januar 1920 — Sächs. Elbzeitung Nr. 5 vom 8. Januar 1920 — wird folgendes bestimmt:

I. Die §§ 3 und 8 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:
§ 3. Bei Abgabe an die Verbraucher dürfen höchstens folgende Preise gefordert werden:

- a) für 500 g Weizenauszugsmehl 77 Pfg.
- b) für das Krankengebäck im Gewicht zu 90 g 15 Pfg.
- c) für das Krankengebäck im Gewicht zu 450 g 75 Pfg.

§ 8. Der Abgabepreis für Weizenauszugsmehl beträgt frei Abgabestelle (Mühle) 118,90 M. für 100 kg. Der Preis gilt netto Kasse ausschließlich Sack. Der Gesamtzuschlag an Nutzen und Spesen für die Abgabe an Bäcker, Apotheken und Kleinhandelsbetriebe im Zwischenhandel darf einschließlich Kreditgewährung, Lieferung in Mühlensäcken, bei Zuführung durch Geschirre bis zum Haus des Käufers oder frei Bahnstation des Empfängers 5,60 M. für 100 kg nicht übersteigen.

II. Zur Herstellung von Krankengebäck werden ab 15. Februar 1920 folgende Bäckereien zugelassen:

Karl Stelner-Pirna, Karl Krause-Pirna, Richard Klein-Sebnitz, Richard Hempel-Neustadt, William Müller-Neustadt, Oswald Förster-Schandau, Osmar Kühne-Königsstein, Ewald Siegel-Gottleuba, Willi Kannegeiser-Hohnstein, Hermann Göhler-Stolpen, Paul Richter-Stadt Wehlen, Emil Barth-Helbenau, Ewald Benack-Helbenau, Arthur Birke-Großschachwitz, Kilian Schwarzwälder-Klein-schachwitz, Bruno Berger-Klein-schachwitz, Robert Mann-Lohmen.

Hinsichtlich der Abgabe von Krankenmehl bewendet es bei den bereits veröffentlichten Verkaufsstellen.

Pirna, am 13. Februar 1920.

Der Bezirksverband.

Hotel Elbschlöbchen, Krippen.

Dienstag, den 17. Februar:

Gr. Fastnachts-Feier

Empfehle besonders

Pfannkuchen — Eierplinsen.

Es laden ergebenst ein Langenberg und Frau.

Achtung! Gasthof Deutsches Haus, Krippen.

Morgen alle zum

Fastnachtsball

zum Sander Paul. Da wird's gemüthlich.

Hochachtungsvoll Paul Sander.

Gasthof zum Erbgericht, Postelwitz (Haus Lothringen).

Fastnachts-Dienstag, den 17. Februar, von 6 Uhr an:

Gr. Fastnachtsrummel.

Es ladet ergebenst ein Rich. Dünnebier.

Gasthof Prossen.

Dienstag, den 17. Februar, zur Fastnachtsfeier:

Starkbesetzte Ballmusik.

Selbstgebackene Pfannkuchen mit ff. Kaffee. Anfang 5 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein Paul Piersch.

Gasthof zum Tiefen Grunde.

Dienstag, den 17. Februar:

Grosser Fastnachtsball

Stimmung. Humor. — Anfang 5 Uhr.

Es laden ein Paul Müller und Frau.

Erbgericht Porschdorf.

Dienstag, zur Fastnacht:

Feine Ballmusik.

Es ladet ergebenst ein Max Müller.

Gasthof Rathmannsdorf.

Dienstag, den 17. Februar:

Feine Ballmusik.

Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlichst ein Franz Schubert.

Gasthof Erbgericht Mittelndorf.

Morgen, zur Fastnacht:

Starkbes. Ballmusik

Es ladet ergebenst ein Paul Radisch und Frau.

Eintracht.
Morgen, Dienstag, alle Sängergesangsvereine wegen unserer Sängereinfahrt nach dem Spreewald am 2. März.
Der Vorstand.

Ein Posten
ältere Leder-, Hand- u. Kellnerinnen-Tafeln
preiswert zu verkaufen.
Clemens Eissner.

Felle. Häute.

Überzeugen Sie sich von der Wahrheit.

Wir zahlen die erdenklich höchsten Preise:

Große Bockfelle, St. 155 M.,
Ziegenfelle, „ 145 „
Junge Ziegenfelle, „ 100-120 M.,
Kaminfelle, tr. Kilo 60 M.,
Hasenfelle, St. 22 M.,
Rehfelle, Stück 55 M.,
Kahenfelle, Stück 25 M.,
Kalbfelle, ob. K. nach Kilo 58 M.,
Schaffelle, „ 24 „
Rindsh., „ „ 28 „
Fuchsfelle, „ Stück bis 500 M.,
Marderfelle, St. bis 1650 M.,
Mittelfelle, Stück bis 300 M.,
Maulwurfsfelle, St. bis 13 M.
Schafwolle, Kilo b. 65 M.

Sämtliche Arten Rohhaare zu konkurrenzlos hohen Preisen.
Händler und Schlächter hohen Rabatt.

Fell - Einkaufszentrale Dresden,
nur Grunaerstr. 22, 1.
Kein zweites Geschäft am Plage.

Unsere Geschäftsräume sind von 8-6 Uhr ununterbrochen dem Verkehr geöffnet.

Dauer-Wälche

wieder neu ein- getroffen bei

Gustav Schnabel, Schandau, 3. Autenstr.

Wegen Umzug zu verkaufen
1 gr. Nussbaum- spieglerspiegel und 1 Zinkbadewanne
in Villa Lotte, Kirnitzsch- tal, 1. Etage.
Zu erfragen im Parterre.

Empfehle

reinen Rauch-Tabak, amerik. Shagtabak,

wie Prinz Albert, Lorgebo, Dudes Mixture in Dosen und Venteln,

holländ. Shagtabak, gelber Zigaretten-Tabak.

Dänische, engl., amerikan. Kautabake, übertreffen Nordhäuser bei weitem.

Deutsche u. orient. Zigaretten mit Gold, Stumpfen, rein Uebersee, von 55 Pfg. an.

Große Auswahl in Qualitäts-Zigarren.

Zigarrenborn, Pirna a. G.,

Dohnasche Strasse, gegenüber dem Bollhof.

Günstige Einkaufsquelle für Gastwirte u. Wiederverkäufer.
Größtes Spezial- und Engros-Haus am Platze.
Engros-Verkauf Gartenstraße 40. Telephon 2874.

Wer übernimmt
Stoffrestertiliale
(auch als Nebenverdiener?)
Anfangs 300 bis 500 M. nötig.
Stoffrest-Zentrale Sebnitz (Sa.)

Suche f. abgeh. jung. Lehrer
f. Ostern od. sofort
ein geb. Pianino gut
ob. Flügel aus Privat. Preis-
ang. an Assistent Hoffmann,
Copitz a. G., Neue Str. 1.

Gut erhaltener, schwarzer
Gehrockanzug,
Größe 1,70 m,
zu kaufen gesucht.
Gef. Off. unter F. K. 38 bis
Sonntags, den 21., erbeten an
die Geschäftsstelle der Elbzeitung.

Alte
Geige
sucht Seminarist
zu kaufen. Preis-
angeb. auf Post-
lagerkarte 17,
Postamt Pirna

Zu verkaufen:
1 guter Schreibsekretär, 1 ein-
facher Kleiderschrank, ein
Waschtisch m. Marmorplatte,
1 guter Blumentisch, 2 Ein-
ständer mit Wasen, 1 ein-
flamiger Gasföcher, 1 Näh-
maschine, 1 Kleiderständer.
1 Fenstertritt, 2 m lang, 75 cm br.
Oswald Seliger, Schandau.

**Ein Peking-
Zucht-Enterich**
zu verkaufen.
Wendischfähre Nr. 5.

**Heim-
arbeiterinnen**
auf Beeren sucht
Richard Pefschke, Sebnitz.
Ausgabe jed. Mittwoch vorm.
i. Gasth. Carolabrücke, Wendischf.

Sauberes, ordentl., nicht
zu junges
Mädchen
zum 1. März gesucht.
Frau Dr. Carlsburg,
Schandau.

**Zeitungs-
träger(in)**
— gewissenhaft —
für Osttrau gesucht.
Zu melden in der Sächsischen
Elbzeitung.

Häute u. Felle!

Rindshäute, Kilogramm M. 30.—,
Kalbfelle „ 60.—.

Ziegen, Hunde, Katzen, Kanin und alle Wildfelle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Ernst Hammer, Schandau, Kirchstraße Nr. 27.

Deutsche Volksbank und Spargenossenschaft für Böhmen

in Bodenbach, Dittichstraße,
Hauptanstalt Leitmeritz, gegr. 1898,

verzinst Spareinlagen mit 3 3/4 %
— Tagesverzinsung, kündigungsfrei. —
Einlagen in laufender Rechnung mit 3 1/2 %.
Überweisungen in jeder Höhe und ge-
währt Kredite jeder Art an Mitglieder.
Größte deutsche Genossenschaftsbank Böhmens
6300 Mitglieder.

Alle Sorten Papier - Abfälle,

sowie alte Geschäftsakten und Bücher
unter Garantie des sofortigen Einstampfens kauft ständig
G. Neumann, Holz-, Leder- u. Graupapierfabrik
(Inh. Oscar Schelzig), Olashütte.

Für das Kontor unserer Industrie-Werke Königstein suchen
wir einen
Lehrling
mit guten Schulzeugnissen. Bewerbungen sind zu richten an die
**Deutsche Handelsgesellschaft m. b. H., Dresden, Feibherra-
straße 9.**

Blumenarbeiterinnen

außer dem Hause werden sofort oder später bei gut lohnender Arbeit
gesucht.
Martin Meinel & Co., Sebnitz i. Sa.
— Schandauer Straße 36. —

Ich habe große Posten Schuhwaren im besten Ge-
biete gekauft:
Spez.: Solide Damen- u. Herrenstrassentiefel.
Decken Sie Ihren Bedarf, da Schuhwaren vor uner-
schwinglichen Preisen stehen.
E. Bartholomey, Sebnitz i. Sa.

P L A K A T E:

„Herzlich willkommen
in der Heimat!“
zu haben in der Geschäftsstelle der
„Sächs. Elbzeitung“.

1 möbl. Zimmer
zu vermieten.
Lindner, Sobstheimerstr.

**Hausordnungen,
Mietverträge**
zu haben in der
Sächsischen Elbzeitung.